

genen Maßnahmen sofort realisiert werden können und welche erst im Laufe der Legislaturperiode«. Mit anderen Worten: Bitte nichts als Versprechung lesen.

Noch kein Konzept also, maximal ein Konzept fürs Konzept. Immerhin eine politische Richtungsvorgabe. Die Märkte brauchen jetzt neue Regeln: Das ist der wichtigste neue programmatische Aufschlag. Aber welche Regeln? Dazu fehlt im ersten Entwurf das konkrete Konzept. Nicht aus der Programmarbeit der Partei, sondern offenbar gänzlich aus den Vorstellungen der Regierung, werden die Vorgaben dazu im Entwurf erwartet. Das gilt fast durchgängig auch da, wo das Programm sich ausnahmsweise an Zahlen

herantraut: bei dem Ziel, die Bildungs- und Forschungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes zu steigern und die Entwicklungshilfe auf 0,7 %. Oder bei der CO₂-Reduzierung von 40 % im Vergleich zu 1990 bis 2020. Das alles sind international zwischen den Staaten vereinbarte Ziele, deren Umsetzung freilich weltweit stockt. Das soziale Deutschland übt sich hier immerhin in Glaubwürdigkeit, beschlossene Ziele nun endlich konsequent in die Praxis umzusetzen, wenn schon mit darüber hinaus gehenden Ansprüchen recht sparsam umgegangen wird. In mancher Hinsicht also ein Richtungskonzept für konkretere und weiterreichende Konzepte.

Jirí Kosta

Erinnerung an Jirí Pelikán

1923 in der Tschechoslowakei geboren, wurde der Publizist und kommunistische Politiker Jirí Pelikán zu einem Protagonisten des Prager Frühlings. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes organisierte er zunächst den publizistischen Widerstand, wählte dann aber bald das italienische Exil. Als unabhängiger Kandidat saß er für die Sozialistische Partei Italiens ab 1979 zehn Jahre lang im Europäischen Parlament und wurde 1990 Berater des tschechischen Präsidenten Vacláv Havel. Pelikán starb am 26. Juni 1999 in Rom.

In keinem der Länder, die in der Folge des Zweiten Weltkriegs dem sowjetischen Machtbereich zufielen, konnten sich die Kommunisten nach 1945 auf eine derart breite Unterstützung der Bevölkerung stützen wie in der Tschechoslowakei. Dies war auf die Erfahrungen der Tschechen und Slowaken zurückzuführen, die sie in der Vergangenheit erlebt hatten: auf die Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre; auf das Münchner Abkommen vom September 1938, das mit Unterstützung der Westmächte zur Einverleibung der Grenzgebiete durch Hitlerdeutschland führte; auf die herausragende Rolle der Kommunisten im Widerstandskampf gegen die



Jirí Kosta

(*1921) Professor (em.) für Volkswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M. Zahlreiche Veröffentlichungen zu wirtschafts-, geistes- und sozialwissenschaftlichen sowie kulturpolitischen Themen.

heinz-jirka@gmx.de

NS-Okkupanten, und nicht zuletzt auf den siegreichen Krieg der Sowjetunion, die im Mai 1945 als Befreier gefeiert wurde. Zu den Protagonisten der Kommunistischen Partei Tschechiens (KSC) gehörte nach 1945 die Prager akademische Jugend, die während des Krieges – nach Schließung

aller tschechischen Hochschulen – dem Totaleinsatz als Arbeitskräfte, vielfach auch der KZ-Haft, anheim gefallen waren. Die Intellektuellen und unter ihnen die Jugendlichen begrüßten zudem den neuen Kurs der KP, deren Verheißungen – allerdings nur bis zum Jahr 1948 – lauteten: »Unser Weg zum Sozialismus unterscheidet sich von dem der Sowjets: Bei uns wird es keine Diktatur des Proletariats und keine Kolchosa geben«.

Unter den Studenten galt Jirí Pelikán, der Vorsitzende ihrer kommunistischen Parteiorganisation, dank seines Talents als Redner und als schlagfertiger Diskutant, seinem umfassenden Wissen und seinen Sprachkenntnissen als die überragende Persönlichkeit der Prager Hochschulszene. Dies war der Beginn einer politischen Biografie, welche die dramatischen Ereignisse seines Heimatlandes reflektiert.

Nach knapp drei Jahren intensiven politischen Engagements an den Hochschulen stellte die Partei Pelikán vor eine heikle Aufgabe. In der Folge des Februar-Putsches von 1948, der das Herrschaftsmonopol der KSC einleitete, sollte er, der linientreue Genosse, die Säuberungen organisieren, die den Ausschluss von nicht konformen Lehrenden sowie oppositionellen Studenten zur Folge hatte. In einem Brief »An die ehemaligen Widersacher«, den er zwei Jahrzehnte später, zur Zeit des Prager Frühlings von 1968, an eine Studentenzeitschrift adressiert, räumt er zwar selbstkritisch sein damaliges Fehlverhalten ein, er attackiert jedoch gleichzeitig die damalige Position der notorischen »Antikommunisten«. Sein »Engagement« an den Hochschulen wird von der Partei gewürdigt. Er wird 1943 zum Abgeordneten des Parlaments gewählt und gleichzeitig als Referent für Kultur und Propaganda im Zentralkomitee der KSC eingestellt. Vier Jahre später beginnt Pelikáns internationale Karriere. Er avanciert 1953 zum Generalsekretär des kommunistisch orientierten Internationalen Studentenbunds (ISB) in Prag und wird drei Jahre

später zu dessen Vorsitzendem ernannt. Seine vielfältigen Auslandsreisen und internationalen Kontakte sowie das mit Chruschtschow in Moskau einsetzende Tauwetter leiteten bei ihm einen Denkprozess ein, der seine Abkehr von der stalinistischen Orthodoxie signalisiert.

Ein Diskussionskreis junger Parteigenossen, dem Jirí Pelikán angehört, nimmt die in den 50er Jahren eingeschlagene Parteilinie kritisch unter die Lupe: die Vorherrschaft der Apparatschiks, das Spitzelsystem, die politischen Schauprozesse, man interessiert sich für die Emanzipation Josip Broz Titos von Stalin. Dies entging nicht dem allgegenwärtigen Parteiapparat. In einem Parteiverfahren werden Pelikáns Mitstreiter als »Abweichler und Titoisten« durch Berufsverbot und Parteiausschluss bestraft. Er selbst kommt mit einer Mahnung davon, vermutlich unter dem Einwirken des konservativen Parteichefs Novotný, der die Linientreue des jungen Genossen überschätzte.

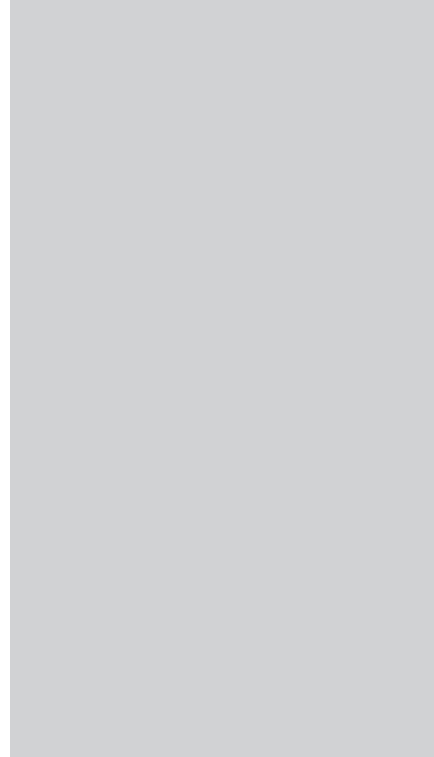
Ein Jahr später machte in Parteikreisen das Gerücht die Runde, Pelikán solle auf Geheiß der Partei von seinem Posten als Vorsitzender des ISB abberufen werden. Der Betroffene vermutet, es könnte um eine nachträgliche Strafe gehen. Es kommt anders. 1963 verlässt er zwar tatsächlich seine bisherige Wirkungsstätte, um überraschenderweise zum Generaldirektor des tschechoslowakischen Fernsehens ernannt zu werden. Die Fernsehsendungen werden unter seiner Führung zum Brennpunkt der Kritik an der überkommenen Gesellschaftsordnung.

Jirí Pelikán wird zu einem der führenden Reformkommunisten, die im Prager Frühling von 1968 einen Sozialismus mit »menschlichem Antlitz« postulieren. Nach der Invasion der »brüderlichen« Truppen im August 1968 und der anschließenden Besetzung des Prager Rundfunkgebäudes organisiert er mit seinen Mitarbeitern noch einige Tage Sendungen im Untergrund, in denen die Welt über den gewaltfreien Wi-

derstand der Bevölkerung gegen die Okkupanten informiert wird.

Kurz nach der Niederschlagung der Reformbewegung wird der Fernsehdirektor von seinen Posten abberufen, den noch auf Zeit präsenten Reformern im Amt gelingt es rechtzeitig – im November 1968 – Jirí Pelikán als Presse- und Kulturattaché an die tschechoslowakische Botschaft in Rom zu entsenden. Kurz danach folgt seine Abberufung nach Prag; anstatt der Rückkehr wählt Pelikán jedoch das Exil in Italien, um sich weiterhin für die Emanzipation seines Landes von der Vorherrschaft Moskaus zu engagieren. Jirí Pelikán ist nun Sprecher seiner Landsleute, die als Protagonisten des Prager Frühlings in den Westen emigriert waren. Er gibt in Rom die Zeitschrift der tschechoslowakischen sozialistischen Opposition *Listy* (Blätter), heraus, deren Beiträge sowohl aus der Heimat, als auch aus den Exilländern stammen. Zudem konstituiert sich eine von ihm initiierte Gruppierung der ebenfalls im westlichen Exil lebenden ehemaligen Prager 68er, die engen Kontakt zu den Prager Dissidenten unterhält, mit ihnen Informationen austauscht und soweit möglich den Verfolgten auch materielle Hilfe leistet. Zudem informiert er in öffentlichen Vorträgen und Veranstaltungen, oft gemeinsam mit einigen seiner Mitstreiter, die Öffentlichkeit im Westen über den Widerstand in seiner Heimat.

Die zweite politische Stoßrichtung von Pelikáns Aktivitäten in Italien zielt auf seine Integration in die politische Linke Italiens und auf Kontakte mit anderen Ländern Westeuropas. Dies fiel ihm nicht schwer, kannte er, der etliche Sprachen beherrschte, seit seiner Position im ISB sowie als 1968 berufener Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zahlreiche westliche Politiker. In Italien galt anfangs seine Präferenz den Kommunisten. Ähnlich wie andere »eurokommunistische« Parteien des Westens hatte die Kommunistische Partei



in Italien mit der Reformbewegung des Prager Frühlings sympathisiert und den Einmarsch der »brüderlichen« Truppen in die ČSSR verurteilt. Gegenüber Pelikáns Bemühungen, von der PCI voll akzeptiert zu werden, verhielt sich die Führung der italienischen Kommunisten jedoch reserviert: Alle seine Avancen bis hin zu seinem Ansuchen, als Mitglied aufgenommen zu werden, blieben unbeantwortet. Das hieß im Klartext: Man wollte die traditionelle Solidarität gegenüber den sowjetischen Genossen wegen eines Emigranten nicht aufs Spiel setzen. Anders reagierte die Sozialistische Partei Italiens (PSI). Pelikán charakterisiert 1977 anlässlich der Biennale in Venedig lautstark die unterschiedliche Haltung der Eurokommunisten und der westlichen Sozialisten (implizit auch der Sozialdemokraten) gegenüber den tschechischen 68ern so: »Während die Sozia-

listen (...) uns als echte Partner betrachten, gibt es die gleiche Aufgeschlossenheit unter den (westlichen) kommunistischen Parteien nicht, hier wird man häufig diskriminiert«.

1979 wird Jirí Pelikán von der PSI als unabhängiger Kandidat für das Europäische Parlament nominiert und erhält im nordwestitalienischen Landkreis die notwendige Stimmenzahl, um als Parlamentarier in Straßburg antreten zu können; fünf Jahre später wird er in das EP wieder gewählt. Ein Jahrzehnt lang gilt der Exiltscheche Jirí Pelikán, wo immer er auftritt, als engagierter Sprecher nicht nur der tschechoslowakischen Dissidentenbewe-

gung, sondern darüber hinaus der Oppositionellen im gesamten sowjetischen Block. Es ist geradezu symbolträchtig, dass mit dem Erlöschen seines Mandats im Europäischen Parlament im Jahre 1989 der Kampf um eine freie Gesellschaft in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs siegreich zu Ende geführt wird. Ein Jahr später stirbt Jirí Pelikán in Prag im Alter von 73 Jahren.

(Der Text stützt sich auf die vor kurzem erschienene tschechische Übersetzung des Buchs Jirí Pelikán des italienischen Historikers Francesco Caccamo sowie auf persönliche Erinnerungen des Rezensenten.)

Gespräch zwischen Jutta Allmendinger und Olaf Scholz

Gute Arbeit: Geöffnete Lebensläufe sozial akzeptabel und finanziell lebbar machen

In der Reihe Forum Soziale Demokratie diskutierten die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger, und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zum Thema »Gute Arbeit. Perspektiven für das 21. Jahrhundert«. Dieses zentrale Konzept des Hamburger SPD-Grundsatzprogramms hat durch die gegenwärtige Finanz- und Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Krise am Arbeitsmarkt an zusätzlicher Bedeutung gewonnen. Es moderierte Thomas Meyer.

NG/FH: Peter Glotz, ehemaliger Chefredakteur unserer Zeitschrift, hat immer gesagt: »Vollbeschäftigung in diesen Zeiten der Globalisierung ist eine politische Lebenslüge.« Herr Bundesarbeitsminister, ist Vollbeschäftigung heutzutage noch realisierbar?

Olaf Scholz: Das Ziel Vollbeschäftigung dürfen demokratische Marktwirtschaften nicht aufgeben. Alles andere provoziert den Zynismus der Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir sicherstellen wollen, dass alle Bürger aus eigener Anstrengung ihren Lebensunterhalt bezahlen können, müssen wir ihnen auch garantieren, dass sie eine Arbeit finden können – wenn auch viel-

leicht nicht unbedingt die, die sie sich wünschen, und vielleicht auch nicht unbedingt so entlohnt, wie sie sich das vorgestellt haben.

Wenn wir darüber diskutieren, ob das realistisch ist, dann macht es Sinn, die gegenwärtige Situation zu betrachten. Wir haben zur Zeit 3,6 Millionen Arbeitslose. Wir wissen, dass die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird, vor allem aufgrund der schwierigeren wirtschaftlichen Lage.

Aber auch in der Krise kann und muss man reagieren. Darum wurde entschieden, dass das Kurzarbeitergeld, das laut Gesetz eigentlich sechs Monate gezahlt wird, 18 Monate gezahlt werden kann – als Einladung an die Unternehmen, an ihren